

Emilio Costa, *Il Diritto nei Poeti di Roma*. Bologna, Ditta Nicola Zanichelli 1898. 32 S. 8°.

Zum grössten Theile ist der Schatz juristischen Stoffes, der in der nichtjuristischen Litteratur der Römer aufgespeichert ist, gehoben worden; insbesondere dürfte Alles, was für unsere Kenntniss des römischen Rechtes erheblich und sie zu erweitern geeignet ist, so ziemlich ausgebeutet sein. Das gilt nicht nur von den Schriften der Geschichtsschreiber und Redner, welche mit zu unseren wichtigsten Quellen zählen, sondern auch von denjenigen der Philosophen, Agrarschriftsteller und Dichter. Die Lehrbücher sind voll von Citaten aus allen genannten Gruppen römischer Autoren, und namentlich die monographischen Darstellungen haben es sich angelegen sein lassen, die einschlägigen Zeugnisse aus der Laienlitteratur zu sammeln und zu verwerthen. Auch fehlt es nicht an systematischen Zusammenstellungen der juristischen Angaben und Daten, die sich auf einzelne römische Schriftsteller beschränken. Costa hat in der Note 1 der oben aufgeführten Abhandlung einzelne derselben namhaft gemacht, und vor Allem sind seine eigenen Werke, welche das Privatrecht in den Komödien des Plautus (Torino 1889) und des Terenz (im *Archivio giuridico* Bd. 50, 1893) zum Gegenstand haben, rühmlichst bekannt. Der gegenwärtige Aufsatz gibt eine Auslese aus den satirischen, epischen und lyrischen Dichtern insgesamt; die Komiker sind begreiflich ausgenommen.

Der Bestimmung der kleinen Schrift entsprechend, die auf einer Antrittsvorlesung des kürzlich zum ordentlichen Professor für römische Rechtsgeschichte an der Universität Bologna ernannten Verfassers beruht, ist nicht eine vollständige Aufzählung des juristischen Materials, das häufig nur aus Bildern und Anspielungen zu gewinnen ist, beabsichtigt, sondern es werden nur einige charakteristische Notizen vorgeführt. Dass Verfasser dabei aus den bereits vorhandenen Sammlungen geschöpft hat, ist ebenso natürlich, wie seine Versicherung in Note 1 glaubhaft, dass Vieles von ihm selbst erst zusammengetragen ist.

Wie sich nach den Angaben der verschiedenen Zeitabschnitten angehörenden Dichter die Entwicklung einzelner Rechtsinstitute verfolgen lässt, das zeigt Costa zunächst an dem Beispiel der Slavenfreilassung. Während die augusteischen Dichter noch die *manumissio vindicta* erwähnen, sprechen die Dichter des 4. und 5. Jahrhunderts nach Christi Geburt nur noch von der unsolennen Freilassung *per alapam*, mittels eines Backenstreiches, die zu ihrer Zeit gebräuchlich war, von der wir aber meines Wissens in den Rechtsquellen nichts finden. Auch der Slavenverkauf zeigt sich in einem besonderen Lichte: er stellt sich als ein Strafmittel dar. Daher wird derjenige Slave verachtet, der mehrmals durch Verkauf den Herrn gewechselt hat, wie es umgekehrt eine Ehre ist, wenn man von ihm sagt, dass er nur unter einem Herrn gedient hat.

Von den *Contracten* begegnen öfters die *stipulatio* und die *expensilatio*. Unter der *sponsio* wird von den Dichtern der früheren

Kaiserzeit der Formalcontract verstanden, im Gegensatz zum promittere und pangere, mit welchen Ausdrücken das formlose Versprechen bezeichnet zu werden pflegt. Später bedeutet spondere jedes Versprechen, und schliesslich ist es gleichbedeutend mit: Jemanden als etwas ausweisen, bezeichnen; die Beziehung zum Recht hat es damit abgestreift.

Auf die expensilatio, welche sich durch Eintragung in den codex accepti et expensi vollzieht, gehen die Verba expendere und rescribere. Das letztere Wort gebraucht Horaz vom Gläubiger, Ausonius dagegen vom Schuldner; der Zusammenhang mit dem Hausbuche ist verloren gegangen.

Vielfach haben sich auch sonst noch juristische termini technici bei den Dichtern erhalten, aber ihre eigentliche Bedeutung hat sich verschoben. Heres ist der Singularsuccessor, überhaupt der Nachfolger, und mancipare bedeutet nicht mehr veräussern, sondern soviel wie manu capere, erwerben, unterwerfen.

An die formula des Processes erinnern Verbindungen wie formula pacti, legis, foederis. Auch des vadimonium geschieht öfters noch Erwähnung; aber es heisst schliesslich nichts weiter wie Verzögerung.

Die bekannte Spielerei des Ausonius über die Dreizahl, für welche er auch Beispiele aus dem Rechtsgebiet bringt (triplex ius, interdictum, libertas, capitis deminutio), hat sich auch Costa nicht entgehen lassen.

Von erbrechtlichen Instituten weiss Verfasser ebenfalls interessante Reminiscenzen anzuführen, so die alte cretio und die Unterscheidung der bonorum possessio cum re und sine re.

Der vorstehende Ueberblick dürfte genügen, dem Leser von dem Inhalt der Schrift Kenntniss zu geben.

Charlottenburg.

Hugo Krüger.

Georges Cornil: Contribution à l'étude de la patria potestas. (Extrait de la Nouvelle Revue historique de droit français et étranger de Juillet-Août 1897.) Paris, L. Larose 1897. 75 S. 8°.

Das Wesen der römischen patria potestas ist von manchen Gelehrten, Philosophen wie Historikern, verkannt worden; man stellte sich den pater familias als einen Despoten vor, der die ihm zustehende schrankenlose Macht rücksichtslos ausgeübt habe. Solche Vorurtheile zu beseitigen hat Verfasser seine Abhandlung geschrieben. Wer in jenem Irrthume noch heute befangen ist, und wem es überdies um sachverständige Belehrung zu thun ist, der wird sie gewiss in der gründlichen Studie Cornils finden können.

Den Hauptantheil an der vorliegenden Arbeit werden freilich die Juristen nehmen. Zwar besteht unter ihnen über den Gegenstand weder Zweifel noch Streit; aber Verf. hat auf Grund eines reichen Materials ein in den Hauptzügen so treffendes und lebenswarmes Bild von der väterlichen Gewalt entworfen, dass der Romanist gern sein Buch lesen

und benutzen wird. Es soll daher kurz über seinen Inhalt berichtet werden.

Drei Punkte vor Allem sind es, welche den Anlass zu der Legende von der Grausamkeit des römischen Hausvaters gegeben haben oder geben könnten: die Aussetzung neugeborner Kinder, der Verkauf der Hauskinder und das Recht über Leben und Tod, und eben über diese drei Punkte verbreitet sich Cornils Aufsatz.

Dass die Römer von Alters her der Aussetzung Neugeborner nicht günstig sein konnten, zeigt ihre Auffassung von dem Zwecke der Ehe: sie wurde *liberorum quaeerendorum gratia* geschlossen. Eine zahlreiche Nachkommenschaft zu haben war in ihren Augen ein Glück und zugleich eine Pflicht gegen das Vaterland. Aus diesem Gesichtspunkte erklärt sich ihre Abneigung gegen die Ehelosigkeit, die man schon lange vor der Ehegesetzgebung des Augustus mit den Machtmitteln des Staates zu bekämpfen trachtete; gegen die Hagestolze einzuschreiten war die Aufgabe des Censors. Diese allgemeine Erwägung, mit der Verf. den Abschnitt über die Aussetzung einleitet, ist zutreffend. Bedenken aber erregt die Art, wie er das Aussetzungsrecht juristisch construiert. Nach seiner Meinung hängt es ursprünglich mit der väterlichen Gewalt gar nicht zusammen. Der Neugeborne ward vor dem Vater niedergelegt, und erst, wenn dieser ihn aufhob (*tollere, suscipere puerum*), wurde er Mitglied der familia; liess er ihn am Boden liegen, was die Aussetzung zur Folge hatte, so war die väterliche Gewalt über ihn gar nicht zur Entstehung gekommen. Bei dieser Auffassung trifft der Vorwurf der Aussetzung allerdings nicht den *pater fam.*, sondern den Vater als natürlichen Erzeuger; aber den Gegnern, die Verf. bekämpfen will, wird der feine Unterschied nicht viel ausmachen. Zudem stimmt diese theoretische Construction nicht mit seinen sonstigen Ausführungen über die Entstehung der väterlichen Gewalt überein. Sie sei nicht die Folge der Zeugung, sondern der eheherrlichen Gewalt, da sie nur an den von der legitimen Ehefrau geborenen Kindern entstand. Gewiss; dann aber liegt darin, dass der Vater das ihm von seiner Ehefrau geborene Kind nicht auf seinen Arm nahm, nicht ein Nichterwerb, sondern eine sofortige Aufgabe der väterlichen Gewalt.

Mehr Interesse verdienen die Gründe, die Verf. für die Aussetzung Neugeborner anführt. Ihr verfielen die schwächlichen Kinder, weil sie dem Staate nichts nütze waren, weshalb wohl gar ein altes Gesetz ihre Aussetzung geradezu befahl. Dasselbe gilt für missgestaltete, nur dass hier noch religiöse und damit gewichtigere politische Gründe mitsprachen: die *monstra* bringen dem Staate Unheil, weil sich in ihnen der Zorn der Götter offenbart. Ferner gehören hierher die an einem Unglückstage Geborenen; denn auch sie hätten das Staatswohl gefährdet. Weiterhin setzte man die in Schande, namentlich die unehelich Geborenen aus, um die Schmach der Mutter zu verdecken. Endlich kommt (in der Kaiserzeit) noch die Armuth der Eltern hinzu. Alle diese Gründe sind verständlich, mögen sie auch für das moderne Empfinden nicht ausreichend sein; man muss sich eben in die Anschauungen des

Alterthums hineindenken. Aber Verf. geht in seiner Apologie doch etwas zu weit, wenn er meint, es hätte in allen den genannten Fällen bewusste Rücksichtnahme auf das Interesse des Kindes selbst mitgespielt; man wollte es vor dem traurigen Loose bewahren, dem es unfehlbar entgegen ginge, weil es zu schwächlich oder missgestaltet oder in Schande geboren oder mit dem Zorne der Götter beladen sei. In den vom Verf. angeführten Zeugnissen findet sich keine Stütze für die Annahme eines solchen secundären Grundes der Aussetzung.

Die natürliche Regung des Mitleids werden die Eltern gewiss empfunden haben; sie trösteten sich mit der Hoffnung, dass mitleidige Personen das Kind finden und sich seiner annehmen. Man stellte Posten auf, welche beobachten sollten, was aus den ausgesetzten Kindern würde; auch gab man ihnen Erkennungszeichen mit, um später ihre Herkunft feststellen zu können. Verf. beschäftigt sich mit dem Schicksal der Opfer eingehend. Er zeigt, dass die einen bei ihren Pflegeeltern, zumal wenn diese selbst kinderlos waren, gut aufgehoben waren, dass andere freilich zur Unzucht und zur Bettelei erzogen wurden. Treffend schildert er auch ihre rechtliche Lage. Ihr status bestimmte sich nach demjenigen ihrer Eltern; waren diese ingenui, so waren und blieben es auch die ausgesetzten Kinder, selbst wenn sie von ihren Pflegeeltern als Slaven gehalten und als solche denn auch wohl manumittirt worden waren. Als Freigeborne konnten sie jederzeit in libertatem vindicirt werden; doch warnt Verf. mit Recht vor der Verwechslung der vindictio in libertatem im Allgemeinen mit der besonderen vindictio in patriam potestatem. Denn in der Kaiserzeit wenigstens war es dem Gewalthaber verwehrt, die Restitution des von ihm ausgesetzten Kindes vom nutritor zu verlangen, wie überhaupt Jeder, der sich auf diese Weise eines Kindes entledigt hatte, alle ihm etwa an dem Kinde zustehenden Rechte, z. B. den Patronat, verlor. War die Aussetzung ohne sein Wissen und Wollen geschehen, so blieben ihm natürlich seine Rechte erhalten. Justinian endlich traf die humane Bestimmung, dass jedes ausgesetzte Kind, auch wenn es ein partus ancillae war, von Rechts wegen frei sein sollte.

Schliesslich stellt Verf. noch die Gesetze zusammen, welche die Aussetzung verboten. Die Ueberlieferung spricht von uralten Gesetzen dieser Art; doch sind wir nicht im Stande, sie zu controlliren. Aus republicanischer Zeit erfahren wir Nichts, und die Gesetzgebung hat wohl auch erst in der spätclassischen Zeit begonnen.

An zweiter Stelle spricht Verf. von dem Rechte des pater fam., seine Kinder zu verkaufen. Es existirte, wie er nachweist, auch in Griechenland, nämlich in Theben, Thracien und Athen. Für das letztere Gemeinwesen begründet Plutarch (Solon 13) dieses Recht eigenthümlich: οὐδείς γὰρ νόμος ἐκώλυε; das ist, nebenbei bemerkt, für das attische Recht überhaupt bezeichnend. Ich erinnere beispielsweise an die Polygamie, die zwar als verwerflich, aber doch nicht als unerlaubt galt, weil eben kein Verbotsgesetz bestand; das hat Hruza, Beiträge zur Geschichte des griech. und röm. Familienrechtes, Bd. 2 (1894) S. 31 ff., erwiesen.

Was das römische Recht betrifft, so ist die Bestimmung der XII Tafeln bekannt: *si pater filium ter venum duit, filius a patre liber esto*. Cornil bemerkt, dass die Juristen auf diesen Satz die familienrechtliche *mancipatio*, insbesondere die *emancipatio*, die Verf. allein hervorhebt, zurückführen. Ein Missbrauch der väterlichen Gewalt sei hierin ebenso wenig zu finden, wie in der *noxae deditio*; denn die letztere hätte das Kind durch sein Delict selbst verschuldet. Vielleicht sahen aber doch die Römer die *noxae deditio* eines Hauskindes mit anderen Augen an. Zwar den Armen, die das Lösegeld nicht zahlen konnten, blieb nichts Anderes übrig, als die *mancipatio* des Uebelthäters an den Geschädigten, damit er selbst die Schuld abarbeite; bei Wohlhabenden dagegen kann die *deditio* sehr wohl auf Hartherzigkeit beruhen. Es ist denkbar, dass der angeführte Zwölftafelsatz den Vater auch für den „Verkauf“ in der Form oder zu dem Zwecke der *noxae deditio* strafen wollte; und wenn Verf. ein angebliches Gesetz des Numa erwähnt, nach welchem ein Hausvater seinen verheiratheten Sohn nicht verkaufen durfte, so werden wir auch hier die *noxae deditio* mit einbeziehen müssen.

Den eigentlichen Gegenstand seiner Untersuchung aber bildet der Verkauf des Hauskindes gegen Entgelt, um des Gelderwerbes willen. Er meint, die Römer hätten sich einen solchen Verkauf nur als durch die *Noth dictum* vorstellen können. In der That haben einige Kaiser-gesetze diesen Fall im Auge; andere Zeugnisse aber aus classischer Zeit erwähnen den Verkauf, ohne ihn mit dem obigen Motiv in Verbindung zu bringen. Ueber die Gründe der alten *venditio trans Tiberim* vollends, die Verf. in demselben Zusammenhange bespricht, erfahren wir gar nichts. Die beiden Cicero-Stellen (*de orat.* 1, 40, 181 und *pro Caecin.* 34, 98), die uns von ihr Nachricht geben, lassen meines Erachtens einen zwiefachen Schluss zu: entweder ergeben sie das freie Veräußerungsrecht des Hausvaters, und in diesem Sinne werden sie gewöhnlich ausgelegt; oder sie zeigen uns den Verkauf als eine, vom Staate oder vom Vater selbst verhängte und von letzterem vollstreckte Strafe wegen Vergehen des Hauskindes. Darauf weist einmal die Zusammenstellung des Verkaufes mit dem eines Bürgers Seitens des *populus* und mit der *deditio* Seitens des *pater patratus* hin, in welchem Falle es sich zweifellos um Bestrafung von Vergehen handelt, und sodann spricht für die obige Auffassung auch das väterliche *ius vitae ac necis*, welches Verf., wie sich nachher herausstellen wird, richtig als Straf- und Strafvollstreckungsgewalt gekennzeichnet hat. Schliesslich deutet auf sie auch wohl der so am ehesten zu erklärende Ausschluss des *ius postliminii* hin. Jedenfalls aber darf man nicht, wie es Cornil thut, die *venditio trans Tiberim* einzig und allein mit der Armuth des Vaters rechtfertigen. Die Nothlage des Vaters kann ihn bestimmt haben, sein Kind zu verkaufen, sei es im Inlande, sei es in's Ausland; aber in den oben angeführten Fällen liegt die Sache so, dass der Verkauf nach Etrurien geschehen musste kraft Rechtsvorschrift, weil er sich als Strafvollzug darstellte und es ein ziemlich alter Grundsatz war, dass kein römischer Bürger in Rom selbst und auf römischem Gebiete Slave

werden konnte (s. Girard, *Manuel élémentaire de Droit romain*, 2. éd. [1898] S. 97). An diesen Unterschied hätte Verf. erinnern können gelegentlich der Fragestellung, in welche Rechtslage das verkaufte Hauskind kam, je nachdem es in's Ausland oder an einen römischen Bürger gelangte. Im ersteren Falle verlor es die Freiheit, sagt Verfasser. Das ist nicht ganz genau. Was die Etrusker mit ihm anfangen, konnte und musste den Römern gleichgiltig sein; für sie kam nur in Betracht, dass der Verkaufte die *civitas* verlor. Der an einen andern Bürger verkaufte Bürger dagegen blieb in geschichtlicher Zeit ein *caput liberum*, aber in *mancipio* oder in *causa mancipii*. Verf. fragt, ob dies von je so gewesen wäre, aber nur um zu antworten, dass man daran zweifeln könne. Es kommt auf das Alter des genannten Grundsatzes des römischen Staatsrechts an, dass ein Bürger auf römischem Gebiete nicht *Slave ex iure Quiritium* werden kann. Ein Grundrecht des Bürgers wollte er wohl nicht proclamiren; vielmehr gebot die Staatsklugheit, von solchen gefährlichen Elementen, wie es die mit dem Verluste des Bürgerrechts und ihrer ganzen bürgerlichen Existenz Bestraften naturgemäss waren, das eigene Haus rein zu erhalten. Der Satz war demnach wahrscheinlich eine gesetzgeberische Maassregel, woraus dann weiter zu schliessen wäre, dass ehemals ein Bürger sehr wohl *Slave* eines andern nach *ius civile* werden konnte.

Wir kommen nunmehr zu dem *ius vitae ac necis* des *pater fam.* Das Recht wird bezeugt durch je eine Stelle des Cicero und des Gellius; beide geben die *Arrogationsformel* wieder, und in dieser heisst es: der *pater arrogator* soll an dem *Arrogirten* die *vita necisque potestas* haben, *uti patri endo filio est*. Damit, meint Verf., ist die Uneingeschränktheit des Tödtungsrechtes ausgesprochen. Der Schluss ist aber durchaus nicht zwingend. Wollte man das absolute Tödtungsrecht statuiren, so hätte es des Zusatzes: *uti patri endo filio est* nicht bedurft. Fügte man ihn trotzdem hinzu, so konnte damit umgekehrt eine Einschränkung beabsichtigt sein. So stellt sich angesichts jener Zeugnisse die Frage erst ein, anstatt dass sie durch sie gelöst wird: welchen Inhalt, welche Bedeutung hatte das Tödtungsrecht des Vaters gegenüber seinem leiblichen, ehelichen Kinde? Die Antwort ergibt sich indirect aus den Beispielen, die Verf. für die Ausübung des Rechtes aus den Quellen zusammengestellt hat. Auf Grund derselben constatirt er richtig zwei Thatfachen. Erstens haben die alten Schriftsteller die Tödtung des Kindes durch den Vater immer als etwas Aussergewöhnliches angesehen, und sodann lassen sich die überlieferten Fälle auf zwei Gruppen vertheilen. Vor Allem erfolgte die Tödtung wegen schwerer politischer Verbrechen der Haussöhne. Hier ist der Vater entweder der blosse Vollstrecker der bereits vom Volke oder vom Senat verhängten Todesstrafe, oder er hat von sich aus, auch wohl unter Zuziehung eines *iudicium domesticum*, die Todesstrafe, welcher der Delinquent ohnehin nicht entgehen konnte, festgesetzt. Ein anderes Motiv für die Tödtung war die Reinerhaltung der Familienehre; ihr wurden zum Opfer gebracht namentlich die Haustöchter, die sich

geschlechtlich vergangen hatten, oder denen (wie der Virginia) die Schande drohte.

Nur in den genannten Fällen kann man also von einem Tödtungsrechte des Familienhauptes sprechen. Ungerechtfertigte Härte oder gar grundlose Tödtung fanden, wie billig, ihre Ahndung. Denn des Vaters Hausregiment stand unter der Controlle der öffentlichen Meinung und desjenigen Beamten, der sie vertrat und verkörperte, des Censors; auch wurde gegebenen Falles criminelle Anklage gegen den Hausherrn erhoben. Der Censor insbesondere — ich folge hier immer dem Verf. — verlangte regelmässig, abgesehen von ganz offenkundigen Vergehen der Familienangehörigen, eine Untersuchung und ein Urtheil im *iudicium domesticum*. Das *consilium*, welches bis in die ältesten Zeiten hinaufreicht, bildeten *necessarii, cognati, amici, vicini*. Sein Wahrspruch gab dem Vater, der die Todesstrafe vollstreckte, die Gewähr, dass er recht handele und daher nicht öffentlich zur Rechenschaft gezogen werden würde. Mag er auch theoretisch an das Urtheil des *consilium* nicht gebunden gewesen sein, es kommt doch, was Verf. mit Recht betont, kein Fall vor, in dem Jemand dasselbe missachtet hätte. Gegen die Willkür des Hausherrn in so ernsten Dingen war also ein Schutzwall aufgerichtet. So unterscheidet sich der Rechtszustand nicht wesentlich von dem heutigen; während heute und übrigens bereits im späteren römischen Kaiserreiche der Staat nur sich das Recht beilegt, auf Todesstrafe zu erkennen und sie zu vollziehen, theilte das alte römische Recht diese Machtbefugniß mit dem Hausvater als dem *authoris interduces domesticus*. Ein Resultat, welches in gleicher Weise, wie oben angedeutet, für das Aussetzungs- und Verkaufsrecht des *paterfam.* gelten dürfte. Factischer Missbrauch der Macht der Eltern, unerlaubte Aussetzung oder Veräußerung oder Tödtung, ist natürlich in Rom ebenso möglich gewesen, wie er auch in unseren Tagen vorkommt, und die Vergeltung des entdeckten Verbrechens blieb damals ebenso wenig aus, wie heute. Das muss man sich gegenwärtig halten, wenn man von einem Recht des römischen Hausvaters, seinen Kindern den physischen oder bürgerlichen Tod zu geben, spricht. Ich hätte gewünscht, dass Verf. dieses Endergebniss seiner Studie recht scharf und deutlich hingestellt hätte; dann wäre sein quellenmässiger Nachweis, dass der hervorstechende Zug der väterlichen Gewalt in Rom Liebe und Nachsicht gegen die Kinder gewesen ist, nicht nöthig gewesen.

In einer Schlussbetrachtung wirft Verf. noch einen Blick auf die sich aus der väterlichen Gewalt ergebenden Pflichten. Anfangs gab es nur moralische, nicht juristische Pflichten; rechtlich anerkannt war nur das väterliche Recht, dessen Missbrauch man, wie wir sahen, zu verhüten suchte und wusste. Mit der Verschlechterung der Sitten wurde nach beiden Richtungen rechtlicher Zwang erforderlich. Als Rechtspflicht ward nämlich anerkannt die Ernährung der Kinder und die Dotirung der Töchter, auch die Einwilligung zur Eheschliessung, die nur aus genügenden Gründen versagt werden durfte. Und eingeschränkt

wurde das väterliche Recht, um nur an Gesagtes zu erinnern, durch die Entziehung des *ius vitae ac necis*. Das Alles hat Verf. zutreffend entwickelt.

Charlottenburg.

Hugo Krüger.

B. W. Nikolsky, System und Text des Zwölftafelgesetzes.

Eine Untersuchung aus der römischen Rechtsgeschichte.

In russischer Sprache erschienen bei A. Ssuworin, S. Petersburg 1897, VIII und 480 S., gross 8°. Preis: Rub. 4,50.

Vorliegende Arbeit soll ihrem Zwecke nach lediglich rechtshistorisch sein, ihr Inhalt ist indess ein vorwiegend philologischer. Der Verf., von Hause aus Jurist, beabsichtigt eine juristische Behandlung der Decemviralgesetzgebung, ist aber der Ansicht, dass die richtige Lösung dieser seiner Aufgabe von einer Vorarbeit philologischer Natur abhängig sei, welche in der Wiederherstellung und Kritik des Textes der Zwölftafelfragmente bestehen müsse. Mit dieser beginnt nun Verf., indem er eine juristische Auslegung der Zwölftafelgesetzgebung für späterhin in Aussicht stellt.

Das erste Capitel des Buches, überschrieben: „Das Erzdenkmal“, ist eine Art von Einleitung. Es handelt von dem Aeusseren der Tafeln, dem Stoff, aus dem sie verfertigt, und dem Orte, wo sie aufgestellt waren, ferner der Entstehungsgeschichte und Veröffentlichung der *lex decemvialis* u. dgl. m. Aus dem mannigfaltigen Inhalt sei hier nur Folgendes hervorgehoben:

Der Angabe von Odofredus zu Dig. vet. fr. 6 de I. et I. (1,1), dass von den zwei letzten Tafeln etwas im Lateran zu Rom erhalten, aber schwer zu entziffern sei, wird — entgegen der m. W. widerspruchslös herrschenden Meinung (Puchta, Rudorff, Schöll, P. Krüger) — Vertrauen geschenkt und Werth beigelegt. Die Worte: *et nisi revolveritis litteras* könnten nichts Anderes bedeuten, als dass die Inschrift von der Rechten zur Linken gelesen werden müsse, was doch entschieden von deren hohem Alter und Echtheit zeuge. Mir ist diese Auffassung fraglich: *revolvere* hat ja ganz gewöhnlich den — in der uns hier interessierenden Notiz durchaus annehmbaren — Sinn von wiederholen, lesend wiederholen, wieder überdenken oder *Ä. = iterum legere, secum iterum mente versare*: cf. Forcellini und Ducange s. h. v. Rudorff (Röm. RG. I, 261 A. 2) möchte übrigens *resolveritis* lesen. — Betreffs der Lage des Denkmals, fährt Verf. fort, hat es im Grunde genommen eine Meinungsverschiedenheit bei den Alten nicht gegeben. Pro rostris (Pomponius, Diodor) bedeutet soviel wie die Grenze zwischen comitum und forum. Varro bei Gellius (N. A. 13, 12, 6) redet von *in rostra vocari*, was topographisch identisch sei mit *in ius vocari*. Das *in publico* des Livius oder *ἐν ἀγορᾷ* des Dionys widerspricht dem selbstverständlich keineswegs. Folglich bleibt kein Raum für Zweifel übrig. Hiermit falle auch Voigts (Leg. reg. S. 116) nichts weniger als begründete Vermuthung, die XII Tafeln